

Das Abendland als Kampfbegriff

Europa und seine christliche Prägung



Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg MdL, Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK). Foto: Harald Oppitz

In den letzten Monaten war viel vom „christlichen Abendland“ die Rede. Die Geschichte des Begriffs zeigt auf, wie schillernd das „Abendland“ ist. Jahrzehnte war es um dieses Wort still geworden. Er wurde in der Weimarer Republik von nationalkonservativen Kräften besetzt. Der Kulturphilosoph Oswald Spengler schrieb 1918 über den bevorstehenden „Untergang des Abendlandes“ und wurde damit zu einem der Vorläufer der nationalsozialistischen Ideologie. In den fünfziger Jahren wurde es in Abgrenzung zum Ostblock genutzt. Dass in den letzten Jahren ausgerechnet die rechtspopulistische Pegida-Bewegung daran anknüpft, deren Kürzel für „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ steht, zeigt, woran sich diese Bewegung anlehnt. Befürchtet wird von ihr die „Islamisierung des Abendlandes“. Das Gegenmodell und Heilmittel soll dessen christliche Kultur sein. Diese hat auch einen zentralen Stellenwert in der Präambel des vor einigen Monaten beschlossenen Grundsatzprogramms der AfD: „Wir wollen die Würde des Menschen, die Familie mit Kindern, unsere abendländische christliche Kultur, unsere Sprache und Tradition in einem friedlichen, demokratischen und souveränen Nationalstaat des deutschen Volkes dauerhaft erhalten.“ Alle immateriellen Güter, die in die-

sem Satz aufgezählt werden, sind für sich genommen zustimmungsfähig und unterstützungswürdig: Menschenwürde, Familie, Bewahrung des kulturellen Erbes, Frieden, Demokratie, nationale Souveränität. Doch nichts davon, mit Ausnahme der Erwähnung der „abendländischen christlichen Kultur“, ist etwas spezifisch oder exklusiv Christliches, nichts davon steht per se im Widerspruch zum Islam. Was aber ist die spezifisch abendländische christliche Kultur?

Europas Zukunft aus christlichem Geist gestalten schließt den Islam nicht aus, sondern ein! Es ist müßig, danach zu suchen.

Selbst wenn wir feststellen, dass der überwiegende Teil Europas in zwei Jahrtausenden mehr als von allen anderen Religionen durch das Christentum geprägt wurde, so sind doch die zentralen Charakteristika solche, die entwicklungs offen sind. Das, wenn man so will, typisch Christliche an Europa ist anschlussfähig auch für einen religiös-weltanschaulichen Pluralismus, der zunehmend an die Stelle einer zumindest kulturellen Dominanz des Christentums tritt. Zum besten Erbe des Christentums gehören Humanität und Menschenwürde. Dazu gehört eine prinzipielle Offenheit und Dialogfähigkeit. Man sehe nur auf Thomas von Aquin, der in der Lage war, arabische Quellen zu verarbeiten und so das Gedankengut eines anderen kulturellen Ursprungs aufzunehmen und zu integrieren. Dazu gehört auch das soziale Denken und Handeln. Wir haben eine Sozialordnung verinnerlicht, in der derjenige, der Not leidet und Hilfe braucht, die Solidarität der anderen verdient. Man denke hier an große Sozialpersönlichkeiten wie schon im vierten Jahrhundert Martin von Tours. Besonders aufschlussreich ist dabei, dass sich das Solidarprinzip

auch aus dem jesuanischen Gebot der Nächstenliebe speist: auch der ferne, der flüchtende oder sozial abgehängte Mensch, kann der Nächste sein. Solidarität wird in der christlichen Sozialethik nicht einfach als die Forderung nach der Hilfe für andere konzipiert, sondern ist die Forderung, das Ganze im Blick zu behalten. Pater Oswald von Nell-Breuning hat das so formuliert: Wir sitzen alle in einem Boot und müssen entsprechend auch agieren. Das heißt, wir müssen erkennen, dass wir in engen Verflechtungen leben und dass wir nicht so tun können, als seien die Probleme, die uns in Form von Migrationsströmen oder islamistischem Terror erreichen, hausgemacht wären in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, der arabischen Welt. In diesem Solidarprinzip sind Nächstenliebe und wohlbedachtes Eigeninteresse eine Verwandtschaft eingegangen, die es nicht hätte geben können, wenn die christliche Ethik schon mit der Festlegung der Evangelien abgeschlossen gewesen wäre. So sehe ich auch die Entwicklung in den Gesellschaften und Staaten Europas in ständiger Bewegung: Eine christliche Identität Europas, oder besser: eine christliche Identität in Europa, ist nichts Starres, Statisches, Unbewegliches. Es ist Nichts, dass wir durch Abschottung und Abwehr von fremden Einflüssen bewahren oder konservieren könnten. Sie muss entwicklungs offen und fähig sein, mit neuen Einflüssen und veränderten Rahmenbedingungen umzugehen und sie nach Prüfung auch zu adaptieren. Gegen die Unheilspropheten, gegen die Pessimisten in Kirche, Gesellschaft und Politik sage ich also ja zu einer sich so verändernden Gesellschaft. Wir sollten mit Gottvertrauen und Gelassenheit, die auch zum Ethos des Christentums gehören, die Herausforderungen annehmen statt sie abzuwehren und dabei alle Menschen guten Willens einladen und mitnehmen.

Das möchte ich exemplarisch an drei zentralen Herausforderungen aufzeigen: Demokratie, Religion, Europa.

AfD als Herausforderer unserer Demokratie

An dieser Stelle lohnt sich ein erneuter Blick in das eingangs erwähnte Grundsatzprogramm der AfD, einer noch ganz uneinheitlich auftretenden politischen Sammlungsbewegung der Unzufriedenen dieser Tage. Noch kann niemand sagen, ob die AfD sich dauerhaft als politische Partei etablieren kann. Auch jetzt dürfen ihre im Grundsatzprogramm verdichteten Botschaften nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Bei der Lektüre wird deutlich, wie groß das Misstrauen und wie entschieden die Kampfansage gegenüber dem gewachsenen Gesellschafts- und Staatsmodell ist, in das so viele Spuren christlichen Denkens eingegangen sind. Die AfD steht für Abgrenzung statt Öffnung, sie will spalten statt zu integrieren. Schon auf den ersten Seiten fällt auf: Die AfD lehnt das bestehende politische System ab. Sie stellt verschwörungstheoretische Mutmaßungen an und Kernsätze des Grundgesetzes zur Disposition. Sie will den Sozialstaat drastisch zurückbauen. Sie will in vielen Bereichen zurück in eine vermeintlich „gute alte Zeit“ und glaubt, man könne ungeliebte gesellschaftliche Veränderungen durch politische Entscheidungen aufhalten. Nur, weil es eine entlarvende Illustration der Verschwörungstheorien ist, zitiere ich hier eine Passage aus dem Kapitel über „Demokratie und Grundwerte“, die Beschreibung der in den Augen der AfD degenerierten politischen Kultur in Deutschland: „Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Es hat sich eine politische Klasse von

Berufspolitikern herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat. Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann diesen illegitimen Zustand beenden.“ Das hierin zum Ausdruck kommende, indirekt sogar zum Volksaufstand animierende Misstrauen gegenüber den etablierten Akteuren und Strukturen unserer Demokratie, der nach Josef Isensee „bescheidensten Staatsform der Weltgeschichte“, ist eklatant. Dem müssen wir etwas entgegensetzen: Denn es ist ein hohes Gut, dass wir durch die gründliche Meinungsbildung in Parteien und Parlamenten, flankiert von der kritischen Berichterstattung in den Medien und kontrolliert durch eine unabhängige Rechtsprechung, in verlässlicher und auch berechenbarer Weise politisch handlungsfähig sind. Es ist ein hohes Gut, dass wir durch politische Aushandlungsprozesse zu tragfähigen Kompromissen kommen. Und als Kirchenvertreter sage ich ganz deutlich: Es ist besser, wenn wir in einem transparenten und fairen parlamentarischen Verfahren Kompromisse erzielen. Sie mögen uns als „kleineres Übel“ erscheinen im Vergleich zu vermeintlich besonders „katholischen“ Gesetzen zum Preis der Unfreiheit. Zu unserem entwicklungs-offenen kulturellen Erbe gehört auch die Übereinkunft zu demokratischer Willensbildung in der Zivilgesellschaft in Parteien und Parlamenten. Wir dürfen uns die Qualität der parlamentarischen Demokratie nicht schlechtreden lassen, sondern müssen diese Strukturen immer aufs Neue mit Leben füllen. Wie missbrauchs-anfällig eine plebiszi-

tär gesteuerte politische Ordnung ist, hat uns spätestens die Brexit-Kampagne in Großbritannien gezeigt, in der die Schwarzweißmalerei nicht bei groben Vereinfachungen haltgemacht hat, sondern auch mit Verfälschungen und Verzerrungen der Fakten gearbeitet wurde. Und ob präsidiale Demokratien gegenüber populistischen Vereinfachungen wehrhaft sind, werden nicht zuletzt die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA und in Frankreich zeigen. In beiden Fällen blicken wir in den jeweiligen Wahlkämpfen angesichts aussichtsreicher Kandidaturen von Donald Trump und Marine Le Pen in Abgründe nationalistischer Ressentiments.

Auch beim Umgang mit dem Islam und mit Religion insgesamt wird deutlich, dass die AfD mitnichten kulturelle Traditionen fortführen will, sondern ein anderes Land und eine andere Gesellschaft anstrebt. Es wird nicht allein der Islam angefeindet. Das Parteiprogramm ist durchzogen von einem generellen Misstrauen gegenüber Religionen. Wer den islamischen Religionsunterricht ablehnt, entzieht auch dem christlichen seine Legitimationsbasis. Die AfD legt die Axt an die Wurzel der bewährten religionsfreundlichen Ordnung in Deutschland. Fast zeitgleich zum Beschluss des Parteiprogramms hat der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und Integration in seinem Jahresgutachten dringend die institutionelle Integration des Islam empfohlen – als Aufgabe für den Staat und die muslimischen Gemeinschaften. Er spricht sich für die Beibehaltung und Ausschöpfung des bestehenden religionsverfassungsrechtlichen Rahmens aus, der genügend Platz auch für andere Religionsgemeinschaften bietet. Denn die Antwort auf religiös-weltanschauliche Pluralisierung in Deutschland muss und sollte nicht Neutralisierung und Laizismus nach französischem

Vorbild sein. Im Gegenteil: Für die Integration von Menschen anderer Religion ist die Glaubensverwurzelung der Gesprächspartner kein Nachteil, sondern ein Vorteil. Gerade überzeugte christliche Frauen und Männer können solche Dialoge führen. Die integrative Kraft von Religion kommt dann zum Tragen, wenn die Zugehörigkeit zur religiösen Gemeinschaft auch die zur Gesellschaft fördert, indem sie zum Beispiel bürgerschaftliches Engagement aktiviert. Zugleich gibt es aber auch ein Potenzial religiöser Überzeugungen zu Ausgrenzung und Abschottung – wir kennen dieses Phänomen von unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften. Wir müssen uns heute mehr denn je um die integrative Kraft und den Dialog der Religionen bemühen, von denen die Gesellschaft insgesamt profitieren kann. Ich bin daher besonders dankbar, dass der Gesprächskreis „Christen und Muslime“ beim ZdK mit der anlässlich des Leipziger Katholikentags publizierten Erklärung „Keine Gewalt im Namen Gottes! Christen und Muslime als Anwälte für den Frieden“ ein unmissverständliches Zeichen gesetzt hat. Diese Erklärung macht deutlich: Religion ist nicht das Problem, sondern Teil der Lösung.

Europa aufbauen

Teil der Lösung zu sein, das haben wir auch vom Prozess der europäischen Integration erhofft. Dieser Prozess, der uns als unumkehrbar erschien, ist heute, mehr denn je in Frage gestellt. Über Jahrzehnte ging es stets in die Richtung einer immer engeren Verbindung der EU-Mitgliedsstaaten. Der Motor der europäischen Integration kam zwar manches Mal ins Stottern, aber er ist immer wieder angesprungen und fährt gut für viele. Doch welches Bild bietet die Europäische Union in diesen Tagen? Nach dem Tiefschlag des Brexit müssen wir vorrangig

bemüht sein, den erreichten Status Quo zu halten – die offenen Grenzen im Schengen-Raum, die gemeinsame Währung und nicht zuletzt den Verbleib der Staaten, in denen es wie in Großbritannien anschwellende Kampagnen für ein Verlassen der Gemeinschaft gibt. Die Grundlage dafür ist und bleibt unsere Überzeugung, dass nur die europäische Einigung langfristig Frieden und Wohlstand ermöglicht.

Glaube doch niemandem, der die Rückkehr zu nationalistischer Politik als Lösung preist – als ob sie überhaupt noch möglich sei!

Die Ausbildung des Nationalismus im 19. Jahrhundert mit seiner Gleichsetzung von Volk, Kultur und Staat hat riesiges Elend über die Welt gebracht. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Europa! Oder, um auf Nell-Breuning zurückzukommen: Wir sitzen alle in einem Boot. Es ist dringend an der Zeit, die vollzogenen politischen Integrationsschritte nun auch auf der Ebene der europäischen Bürgerschaft nachzuvollziehen, die europäische Integration zu konsolidieren und zu verinnerlichen. Als christliche Frauen und Männer haben wir die Lösung „mehr Europa“ immer schon mit der konkreten Selbstverpflichtung zu mehr Europa auch bei und durch uns verbunden. Es kommt auf viele kleine Beiträge an, dieses Europa mit Leben zu füllen, die Zugehörigkeit spürbar und erlebbar zu machen. Dazu gehören auch Klarheit in den europäischen Strukturen, eine Verfassung und die Kennzeichen einer Bundesstaatlichkeit. Ich selbst hatte in den vergangenen Monaten einige eindrucksvolle Begegnungen: die Teilnahme an der Verleihung des Karlspreises an Papst Franziskus in Rom. Der Papst vom anderen Ende der Welt

erinnerte uns Europäer an die Fähigkeiten, die Europas Stärke ausmachen: die Fähigkeit zum Dialog, zur Integration und zur Kreativität. Hinzu kamen Gespräche mit unseren französischen Freunden von den Semaines Sociales de France und mit den gleichfalls in Freundschaft verbundenen österreichischen Partnerorganisationen des ZdK. Und mit einem dritten Nachbarn in Europa, mit Polen, werden wir auf allen Ebenen unsere Partnerschaften gerade wegen der erheblichen aktuellen Abkühlung im europäisch-polnischen Verhältnis erneuern. Solche Begegnungen sind immer persönlich bereichernd. Aus vielen kleinen Bausteinen entsteht das Mehr an Europa, das wir wollen. Ohne die persönliche Begegnung kann Europa nicht wachsen, bleibt das gemeinsame Haus Europa ein Kartenhaus, das den aktuellen Stürmen offensichtlich nicht trotzen kann.

Gerade im Austausch mit Polen waren es einzelne Persönlichkeiten, die in den vergangenen 50 Jahren die Aussöhnung und Freundschaft begründet haben. Ich nenne nur Tadeusz Mazowiecki auf der polnischen und Bernhard Vogel auf deutscher Seite. Wir sind nicht in der Situation der europäischen Gründerväter, die auf den Trümmern zweier Weltkriege begonnen haben, ein Europa wieder aufzubauen und zu einigen. Dennoch möchte ich hier an den Geist der Gründergeneration erinnern. Nicht zuletzt bei den Verhandlern der Römischen Verträge 1957, Schumann, de Gasperi und Adenauer, war das ein christlich geprägter Geist. Er sollte uns ermutigen, angesichts der vielen Verwerfungen und Rückschläge nicht zu verzagen. Es geht bei Europa, es geht bei der Demokratie und beim Beitrag der Religionen zum Gemeinwohl darum, das Eigene, die christliche Identität und die abendländi-

sche Tradition, nicht in Abgrenzung zu konstruieren, sondern sie als das zu begreifen, was die christlichen Traditionen im Kern meinen: Offenheit, Hilfe für Jedermann, Integration, Sozialverantwortung, Menschenwürde und ein Glaube, der nicht ausgrenzt, sondern sich öffnen kann für die anderen; der Stürme übersteht, weil er selbst fest wurzelt. Es geht um die Offenheit für Veränderungen und das Vertrauen, dass unser religiös-kulturelles Erbe uns zuversichtlich in eine noch ungewisse Zukunft gehen lässt und dass Gott, auf den wir vertrauen, bei uns sein wird.

Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg MdL, 1952 in Lennestadt (Kreis Olpe) geboren, verheiratet, fünf Kinder. Nach Bäckerlehre und Abendgymnasium Studium der Germanistik, Theologie und Kunstgeschichte in Münster, Rom und Bonn; 1983 Promotion Germanistik in Münster; 1988 Promotion Theologie/Kirchengeschichte in Bonn. Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK); von 1988 bis 2016 Direktor der Katholisch-Sozialen Akademie FRANZ HITZE HAUS Münster; Honorarprofessor an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster; seit 2005 Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen, kulturpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion; Mitglied in verschiedenen kirchlichen, kulturellen und politischen Institutionen, Organisationen und Vereinigungen.